

BUND warnt vor Atomkatastrophe

Umweltschützer sehen große Gefahren auch nach Stilllegung des Kernkraftwerks Brokdorf Ende 2021

Von Sönke Rother

BROKDORF Am 31. Dezember 2021 erlischt nach 35 Jahren die Betriebserlaubnis des Kernkraftwerks Brokdorf. Mit der Einreichung des Stilllegungsantrags des Betreibers Preussen Elektra an die Atomaufsicht des Landes Schleswig-Holstein beginnt der viele Jahre dauernde Prozess des Rückbaus. Dafür hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Schleswig-Holstein jahrzehntelang gekämpft. Doch damit enden die Bemühungen der Umweltschützer keineswegs. Auch während des Rückbaus gebe es viele Gefahren, erklärt Rainer Guschel aus Itzehoe, Sprecher des BUND-Arbeitskreises Atomkraft und Landes-Vorstandsmitglied.

Der BUND bemängelt nicht nur, dass trotz des Atomausstiegs im Jahr 2011 und der bekannten Probleme hinsichtlich der Endlagerung in Brokdorf weiter hochradioaktiver Abfall erzeugt worden sei. Auch habe der Vorrang der Einspeisung von Atomstrom ins Hochspannungsnetz seit Jahren die Durchleitung des erneuerbaren Stroms blockiert.

Zudem unterstellt Guschel dem Antrag von Preussen Elektra zur Stilllegung des Kraftwerks eine „unnötige



Das Kernkraftwerk Brokdorf beendet Ende 2021 den Leistungsbetrieb. FOTO: MARCUS BRANDT/DPA

Hektik“, die zu einem erhöhten Strahlenrisiko für die dann bereits tätigen Abrissarbeiter führe. Noch bis 2026 würden im Kraftwerk rund 750 Brennelemente im Abklingbecken lagern. „Eine effektive Dekontamination vieler Anlagenteile wird in diesen sechs Jahren kaum möglich sein.“ Da auch anschließend kein Endlager für die dann in Castoren verpackten Brennelemente in Sicht sei, befürchtet der BUND, dass sie dann noch mindestens weitere 40 Jahre in dem bestehenden Standortzwischenlager stehen

werden. „Dieses entspricht aber nicht den notwendigen Sicherheitsanforderungen in Bezug auf Unfälle und An-
.....

„Eine effektive Dekontamination vieler Anlagenteile wird in sechs Jahren kaum möglich sein.“



Rainer Guschel
BUND
.....

griffe“, erklärt Guschel. Der Betrieb für ein Lager baugleichen Typs in Brunsbüttel sei vom Oberverwaltungsge-

richt Schleswig als illegal beurteilt worden. Auch der Hochwasserschutz entsprechende keineswegs dem aktuellen Wissensstand zum klimabedingten Anstieg des Meeresspiegels. „Außergewöhnliche Sturmfluten können im Ernstfall eine ernsthafte Bedrohung für das Zwischenlager bilden.“

Doch die Mängelliste des BUND geht noch weiter. Obwohl in Brokdorf auch die als „sehr kritisch“ zu bewertenden Castoren aus Sellafeld gelagert werden sollen, ist dort keine „Heiße Zelle“ für eventuelle Reparaturen an

beschädigten Castoren vorgesehen. Unverständlich sei es auch, warum die Betreiber auch für die Rückbauphase ohne Brennelemente für Abluft und Abwasser in die Elbe dieselben Grenzwerte für radioaktiven Eintrag beantragen, wie beim Leistungsbetrieb. „Warum sind jetzt so hohe Werte angesetzt? Ist hier ein Puffer für zusätzliche Radioaktivitätsabgaben geplant oder will man Kosten für effektive Filteranlagen sparen?“, fragt Guschel.

Gar nicht aufgeführt werde, wohin der gering radioaktive, freigemessene „Restmüll“ kommen soll. Schon jetzt, so der BUND-Sprecher, finde sich keine geeignete Deponie für den Müll vom Kernkraftwerk Brunsbüttel. „Es steht zu befürchten, dass Deponien in Schleswig-Holstein durch das Ministerium in Kiel angewiesen werden, diesen gering strahlenden Müll anzunehmen.“

Diese und weitere „Knackpunkte“ will der BUND in seiner Stellungnahme einwenden und beim Erörterungstermin im Februar 2021 ansprechen. Weitere Einwendungen könnten bis 17. August beim Energiewendeministerium eingereicht werden. Die BUND-Kreisgruppe Steinburg, Draisine 4, in Itzehoe, übernimmt auch die Weiterleitung.